

Oskar Weggel

Die Waffengeschäfte Chinas und der Einfluß des "militärisch-industriellen Komplexes" der VR China

Gliederung:

- 1 **"Frieden und Entwicklung": Grundkurs der chinesischen Außenpolitik - und einige Ausnahmen**
- 2 **Chinas Waffenhandel**
 - 2.1 **Waffenlieferungen**
 - 2.1.1 Chinas Erklärungsverhalten und sein Lieferungsverhalten
 - 2.1.2 Wer sind die Hauptkunden?
 - 2.1.2.1 Nahost
 - 2.1.2.2 Die Dritte Welt insgesamt
 - 2.1.2.3 Südafrika
 - 2.1.2.4 USA
 - 2.1.3 Rüstungs-Kooperation
 - 2.1.4 Der Handel mit "sensiblen Waffen"
 - 2.1.4.1 Raketenwaffen
 - 2.1.4.2 Nuklearwaffen
 - 2.1.5 Chinas Stellung im internationalen Waffenhandel
 - 2.2 **Waffenbezug**
 - 2.2.1 China als Käufer von Waffen
 - 2.2.2 Hauptlieferanten
 - 2.2.2.1 Die USA
 - 2.2.2.2 Israel
 - 2.2.2.3 Rußland, Ukraine, Kasachstan
- 3 **Der militärisch-industrielle Komplex und seine Waffengeschäfte**
 - 3.1 **Konflikte zwischen dem machtlosen Außenministerium und dem einflußreichen MIK**
 - 3.2 **Der MIK (militärisch-industrielle Komplex)**
 - 3.2.1 Die organisatorische Komponente des MIK
 - 3.2.2 Die personelle Komponente des MIK
 - 3.3 Wer profitiert vom MIK-Kuchen: die VBA oder die Nomenklatura?

1 **"Frieden und Entwicklung": Grundkurs der chinesischen Außenpolitik - und einige Ausnahmen**

Die Führung der VR China, die nach dem Tiananmen-Massaker vom Juni 1989 in eine für sie selbst offensichtlich höchst überraschende innen- und außenpolitische Isolation hineingeraten war, hat ihr Legitimationsdefizit in der

Zwischenzeit vor allem auf zwei Gebieten wieder abzubauen versucht, nämlich im Bereich der Wirtschafts- und der Außenpolitik.

Während aber das Wirtschaftswunder noch auf sich warten läßt, ist es in der Zwischenzeit zu einem "außenpolitischen Wunder" gekommen; denn was die Volksrepublik in den vier Jahren seit der Tiananmen-Katastrophe an konstruktiven Beiträgen vor allem in ihrer Asienpolitik geleistet hat, klingt vor dem Hintergrund von vier Jahrzehnten Beijinger Außenverhalten beinahe unglaublich: So hat sich die Volksrepublik zwischenzeitlich mit sämtlichen Feinden aus der eigenen Region wie Indien, Vietnam, Südkorea und Indonesien ausgesöhnt, hat mit Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen, hat bei den Wiedervereinigungsgesprächen in Korea die Drähte gezogen, hat sich dem bisher so verfeimten Apartheidstaat Südafrika angenähert, hat sich während der Golfkrise geschickt über alle Stolperstricke hinweg bewegt, hat dazu beigetragen, den Brandherd Kambodscha wenigstens an den Rändern etwas einzugrenzen, hat den Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen unterzeichnet und versucht auch sonst, aller Welt die Versöhnungshand entgegenzustrecken - vor allem jenen Ländern, die ihr seit 1989 die kalte Schulter gezeigt haben, man denke an die USA und an die Bundesrepublik Deutschland.

Die Hauptdevise der Außenpolitik lautet heutzutage: "Frieden und Entwicklung" (fachan yu heping).

Die Motive für diese so konstruktiv wirkende Außenpolitik sind sowohl kurz- als auch langfristiger Art: Kurz-

fristig möchte Beijing möglichst schnell das 1989 zerrissene Verbindungsnetz wiederherstellen.

Mittelfristig geht es der chinesischen Regierung darum, nach außen hin erneut Gesicht zu gewinnen, innenpolitisch aber gegenüber der Bevölkerung wieder mehr Glaubhaftigkeit mit Hilfe außenpolitischer Leistungsbeweise zu erbringen.

Langfristig schließlich ist China im Begriff, wieder an seine vorrevolutionären Traditionen anzuknüpfen, die sich vor allem in Form ständiger Stabilitätsbemühungen zu Worte melden. Das maoistische China, das fast drei Jahrzehnte lang als großer Veränderer, als Vorbild für Revolutionen und als Brandstifter in der Dritten Welt aufzutreten versuchte, gehört einer psychologisch unendlich weit zurückliegenden Vergangenheit an. Die konfuzianische Grundhaltung, die sich wie ein roter Faden durch den chinesischen Volkscharakter und übrigens auch durch die in Jahrhunderten etablierte Politik zieht, heißt Konservatismus. Die maoistische Ausnahme hat diese Regel, wie sich nun nachträglich zeigt, eher bestätigt als beseitigt. Der immer wiederkehrende Satz, daß Feindschaften soweit wie möglich minimiert und dafür um so stärker die Gemeinsamkeiten hervorgehoben werden müßten, ist nicht nur ein momentanes Lippenbekenntnis, sondern entspricht der zwischenzeitlich wieder zur Selbstverständlichkeit gewordenen konservativen Grundhaltung der Beijinger Führung.

Sowohl vom Charakter seiner neuen Außenpolitik als auch von der wachsenden Wirtschaftskraft her bietet sich das Land langfristig als Partner an. Allerdings gibt es auch eine Reihe dunkler Flecken auf der heute schon wieder so weißen Weste Chinas, die sich innenpolitisch mit den Stichworten "Soziallasten" (Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Umweltschäden, Subventionitis etc.) und "Menschenrechtsfrage", außenpolitisch aber mit den Schlagworten "Südchinesisches Meer" und "Waffenhandel" charakterisieren lassen.

Im vorliegenden Fall soll nur der letztere Gesichtspunkt näher beleuchtet werden.

2 Chinas Waffenhandel

2.1 Waffenlieferungen

2.1.1 Chinas Erklärungsverhalten und sein Lieferungsverhalten

Waffen hatte die VR China schon während der 60er und 70er Jahre in alle Welt geliefert, um den dort mit "revolutionären" Ansprüchen angetretenen Parteien unter die Arme zu greifen. Militärische Ausrüstungen gingen damals beispielsweise an die "Bewaffneten Volksstreitkräfte" in Thailand, auf den Philippinen, auf der malaisischen Halbinsel oder aber ins indische Naxalbari - um hier nur einige Beispiele zu nennen. Systematisch unterstützt wurden aber auch die Streitkräfte Nordkoreas während des Koreakriegs und Nordvietnams während des Ersten und Zweiten Indochinakriegs. Bei all diesen Lieferungen standen *ideologische* und *politische* Erwägungen im Vordergrund. Nicht zuletzt hatte die Theorie Lin Biaos von der "Einkreisung der Weltstädte durch die Weltländer" eine ausschlaggebende Rolle gespielt.

Kommerziell ist die VR China im Waffenhandel dagegen erst nach Beginn der Reformen hervorgetreten. Wie es der Zufall wollte, lieferte der damals (1980 ff.) gerade anlaufende - und über acht Jahre sich hinziehende - iranisch-irakische Krieg eine einzigartige Einstiegsmöglichkeit, zumal er mit seinen konventionellen Dimensionen für die technologisch zu dieser Zeit noch wenig anspruchsvolle chinesische Rüstungsindustrie wie geschaffen schien. Mit den durch solche Verkäufe erzielten Gewinnen konnten wiederum der chinesischen Waffentechnik neue Anstöße gegeben werden. Die Profite waren ja in der Tat beachtlich: Allein 1987 soll China mit seinen Lieferungen an beide (!) Kriegsgegner Profite in Höhe von rd. 5 Mrd. US\$ erzielt haben.¹ Zu den Waffen, die dem Golfkrieg sowohl die Entstehung (und Finanzierung) als auch die erste praktische Anwendung zu verdanken hatten, gehörte u.a. die "Seidenraupenrakete", eine Antischiffswaffe mit einer Reichweite von 160 km, die an den Iran verkauft wurde.

Erst 1989 sah sich die VR China unter dem Druck der USA dazu genötigt, formell auf weitere Lieferungen solcher Raketen zu verzichten.

Längst hatten die Verkaufskonkurrenten auf dem Weltmarkt den Chinesen vorgeworfen, daß ihre Praxis weitaus skrupelloser sei als die eigene: Zum einen nämlich beliefere Beijing, wie bereits erwähnt, auch Kriegsgegner (man denke an die Zeit des Iran-Irak-Konflikts in den 80er Jahren), zum anderen gehe die chinesische Seite weitaus großzügiger als ihre Konkurrenten mit der Ausstellung von Endverbraucherzertifikaten um, so daß eine Partei, die chinesische Waffen erworben habe, sie ohne jede Schwierigkeit an Dritte weiterreichen könne.

Solche Vorwürfe wirken heuchlerisch: Als ob Waffenverkäufer irgendwo in der Welt besondere moralische Skrupel an den Tag legten!

China rechtfertigt seine Waffenlieferungen denn auch erstens mit dem Argument, daß andere Länder instand gesetzt werden sollten, sich selbst zu verteidigen, und weist, zweitens, darauf hin, daß andere Staaten nicht auf Splitter im Auge Chinas zeigen sollten, wenn sie selbst Balken im eigenen hätten!

Gleichwohl glaubte Beijing, ganz besondere Motivationen an den Tag legen zu müssen, und gab daher mehrere Male die chinesische Haltung zu "Fragen des internationalen Waffenhandels" bekannt, so u.a. auch anlässlich einer Tagung des UNO-Abrüstungsausschusses am 11. Mai 1989.²

- (1) Waffen dürften nur zu Zwecken der Selbstverteidigung geliefert werden.
- (2) Der internationale Waffenhandel solle den Völkern in ihrem gerechten Kampf gegen "koloniale Beherrschung, fremde Aggression und Besetzung sowie bei der Wiederherstellung ihrer Rechte auf nationale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit" dienen.
- (3) Der Transfer müsse ferner dem Frieden, der Sicherheit und der Stabilität in der betreffenden Region und in der gesamten Welt dienen.
- (4) Belieferungsverbot bestehe für alle Länder, die Aggression, Expansion und militärische Eroberung anstrebten sowie Rassismus und koloniale Unterdrückung betrieben. Ein Verbot der Waffenlieferung bestehe auch gegenüber Terroristen und Drogenhändlern.

- (5) Waffenlieferungen sollten immer im Zusammenhang mit Entspannungsfragen und der Beseitigung regionaler Konflikte geprüft werden.
- (6) Dabei sei stets ein Friedens- und Sicherheitszustand auf möglichst niedrigem Bewaffnungsniveau anzustreben.
- (7) Die Hauptwaffenhändler trügen eine besondere Verantwortung, müßten deshalb bei der Einschränkung des Waffenhandels mit gutem Beispiel vorangehen, vor allem die USA und (1989!) die Sowjetunion.
- (8) Es sollten Konsultationen und Verhandlungen zwischen Lieferanten und Empfängerländern über eine möglichst rationale Regulierung und Limitierung des internationalen Waffentransfers aufgenommen werden.
- (9) Dabei sollten vor allem die Vereinten Nationen eine nützliche Rolle spielen.

Ähnlich hatte es schon anlässlich der großen Waffenmesse in Beijing im November 1988, wo massenhaft chinesische Waffen aller Art angeboten wurden, geheißen, daß Chinas Waffenexporte einzig und allein dem Ziel dienten, den Ländern der Dritten Welt bei der Sicherung ihrer Verteidigungsfähigkeit zu helfen (sic!).

Zwischen der schönen Theorie und der de facto bestehenden, unten noch zu beschreibenden chaotischen Praxis besteht leider ein allzu großer Unterschied, als daß solche Versicherungen besonders ernst genommen werden dürften!

Chinas Waffenexporte gelten aus drei Gründen als besonders kritisch:

Erstens haben chinesische Firmen über längere Zeit höchst sensible Kategorien, u.a. sogar Nuklear- und Raketenwaffen geliefert, die international längst auf der Nichtweiterverbreitungsliste stehen.

Zweitens waren die Empfänger dieser Lieferungen Länder, die als unberechenbar und - zumindest aus amerikanischer Sicht - als eine Art Desperados im Bereich der Waffentechnologie zu gelten haben, nämlich der Irak, der Iran, Libyen und Syrien. Mit diesen Ländern unterhält China eingespielte Austauschbeziehungen. Westliche Be-

obachter gehen davon aus, daß Transportflugzeuge dieser Nationen, die häufig auf chinesischen Flughäfen gesichtet wurden, Raketen- und andere Waffenteile abholten, die dann, womöglich sogar unter chinesischer Mithilfe, in den betreffenden Ländern an Ort und Stelle zusammengebaut wurden.

Drittens ist nach dem Beitritt Chinas zu einigen der wichtigsten Nichtweiterverbreitungsabkommen die Gefahr aufgetaucht, daß der Staat als solcher gar nicht mehr in der Lage ist, die Vielfalt der Geschäfte und Agenturen zu überwachen, die inzwischen vom "militärisch-industriellen Komplex" betrieben werden (Näheres zu diesem Fragenbereich vgl. unten).

Amerikanische Schätzungen gehen davon aus, daß sich die Waffenverkäufe Chinas bis ins Jahr 1991 hinein auf jährlich rd. 1 Mrd. US\$ belaufen haben - das Land wäre damit hinter der ehemaligen Sowjetunion, den USA, Frankreich und Großbritannien an die Nr.5 in der Welt vorgerückt!

2.1.2

Wer sind die Hauptkunden?

2.1.2.1

Nahost

Seit Beginn der 80er Jahre gehörten die nahöstlichen Kriegsschauplätze zu den Hauptempfängern chinesischer Waffen.

Von den chinesischen Gesamtwaffenverkäufen in Höhe von rd. 5,2 Mrd. US\$ an die Dritte Welt zwischen 1984 und 1987 sind vermutlich 80% an den Iran und den Irak gegangen.³ Bereits zwischen 1981 und 1985 hatte China den Irak mit Waffen im Werte von 3 Mrd. US\$ versorgt. Zur gleichen Zeit belieferte die Volksrepublik den Kriegsgegner Iran mit konventionellen Waffen sowie mit "Seidenraupen"-Mittelstreckenraketen.

Ein Teil der irakischen Waffen war während des iranisch-irakischen Kriegs allerdings durch ägyptische Mittelsmänner in China geordert worden, darunter 100 Flugzeuge vom Typ F-7 und 260 Panzer.⁴

2.1.2.2

Die Dritte Welt insgesamt

Als der frühere amerikanische Außenminister James Baker im November 1991 nach China reiste, hatte er in

seinem Gepäck auch ein Verzeichnis, in dem die Exporte schwerer Waffen aus China in die Dritte Welt aufgelistet waren. Es enthielt folgende Angaben:⁵

- Lieferungen an Schwarzafrika: (in alphabetischer Reihenfolge)

Kongo: 15 T-59-Panzer und 14 T-62-Panzer

Mali: 18 T-62-Panzer

Somalia: 30 J-7-Flugzeuge

Sudan: 70 T-62-Panzer

Tansania: 30 T-59-Panzer und 30 T-62-Panzer

Zaire: 50 T-62-Panzer

Zimbabwe: 35 T-59-Panzer und 48 J-7-Flugzeuge

- Nahost:

Ägypten: 70 J-7-Flugzeuge, 4 U-Boote

Irak: 1.500 T-69-Panzer, 40 J-6-Flugzeuge, 80 J-7-Flugzeuge

Iran: eine unbekannt hohe Zahl von T-59-Panzern, 18 J-7-Flugzeuge, 100 Raketen (Marke: "Seidenraupe")

- Europa:

Albanien: 15 T-59-Panzer

- Asien:

Bangladesch: 70-100 T-59-Panzer, 16 J-7-Flugzeuge, 20 Q-5-Flugzeuge, 2 U-Boote

Kambodscha (Rote Khmer): eine unbekannt hohe Zahl von T-59- und T-63-Panzern sowie vor allem vor Handwaffen, Munition und Minen

Korea (Nord): 175 T-59-, 50 T-62-, 300 T-63-Panzer, 40 Q-5-Flugzeuge, 7 U-Boote

Myanmar: 40 T-63 und 66 T-69-Panzer

Pakistan: 155 J-7- und 150 Q-5-Flugzeuge

Sri Lanka: 20 J-7- und 2 Y-8-Flugzeuge

Thailand: 8 Fregatten, 3 U-Boote

Diese Waffenliste war für Baker eine der Haupt-Gravamina gegen die VR China, die zwar in ihren Verlautbarungen immer wieder versichert hatte, bei ihren Waffenkäufen mit äußerster Vorsicht und Sensibilität vorzugehen, die in der Praxis aber doch recht abgebrüht gehandelt hatte, vor allem, wenn man bedenkt, daß sie Kriegsgegner (Iran und Irak, Rote Khmer und Thailand, Saudi-Arabien und Irak etc.) zur gleichen Zeit belieferte!

Kein Wunder, daß die chinesischen Waffenlieferungen als Beitrag zur "Destabilisierung" eingestuft wurden.

2.1.2.3

Südafrika

Auch mit Südafrika scheinen chinesische Waffengeschäfte zu laufen. Mitte März 1993 hatte die britische *Sunday Times* berichtet, daß Pretoria Ende der 80er Jahre mit Beijing ein geheimes Abkommen in Höhe von 2 Mrd. US\$ geschlossen habe, um chinesische Langstreckenraketen-Technologie zu erwerben. Nach dem Amtsantritt Frederik de Klerks als Präsident (1993) sei dieses Abkommen zwar gekündigt worden, doch habe Südafrika sein Raketenprogramm unter Benutzung der bereits angelieferten chinesischen Technologie weiter betrieben.

Obwohl dieses angebliche Abkommen bereits über drei Jahre zurücklag, sah sich die chinesische Seite doch veranlaßt, Meldungen dieser Art als grundlos zu bezeichnen.⁶

2.1.2.4

USA

Einer der rentabelsten Absatzmärkte für chinesische Waffen sind neuerdings die USA. Nach Angaben des "Büros für Alkohol, Tabak und Waffen" des Finanzministeriums ("Treasury") hat die chinesische VBA zwischen 1989 und Ende 1991 1,92 Mio. Handfeuerwaffen verkauft und außerdem eine Reihe von Handelsfirmen errichtet (oder übernommen), deren Hauptaufgabe es ist, harte Währung zu verdienen und amerikanische Technik für Militärzwecke einzukaufen.

Nach Angaben des Treasury ist die VBA bei Kleinwaffen auf dem amerikanischen Markt inzwischen zum führenden ausländischen Lieferanten geworden. Besonders begehrt sei die halbautomatische Handfeuerwaffe AK-47, von der es mittlerweile Tausende von Stück in den USA gebe. Sie stammt aus der Produktion der unten noch näher zu beschreibenden "NORINCO", d.h. der "China North Industries". Aufsehen erregte die Waffe, als am 25. Januar 1993 zwei Personen vor dem CIA-Hauptquartier in Washington mit einer AK-47 durchsiebt wurden.

Zusätzlich zu den Schußwaffen habe die VBA zwischen 1989 und Ende 1991 auch "Tausende von Tonnen Munition" in die USA eingeführt.⁷

Obwohl die Listen vorerst noch unvollständig sind, hat der Umfang dieses Waffenhandels i.J. 1992 vermutlich

noch weiter zugenommen. Dabei sei bereits das Jahr 1991 ein "Rekordjahr" gewesen!

Die VBA verkaufe aber nicht nur Waffen, sondern auch Fahrräder, Seidenjacken u.dgl., heißt es in dem Bericht.

Außerdem habe die der VBA nahestehende Firma CATIC ("China National Aero-Technology Import-Export Corp.") (manchmal auch: "China Aviation Technology Import-Export Corp.") der Nähe von Seattle eine kleine Fertigungsstätte für Flugzeugersatzteile errichtet.

Begonnen habe der Einstieg der chinesischen Waffenindustrie auf dem amerikanischen Markt bereits Mitte der 80er Jahre, ohne daß es dazu je eine öffentliche Diskussion gegeben hätte. Das Weiße Haus erlaubte den Chinesen zum ersten Mal 1987, auf dem amerikanischen Markt Waffen zu vertreiben. In dieser Zeit hatten amerikanische Firmen das Recht erhalten, an China Waffen und Waffentechnologie zu verkaufen und dafür im Gegenzug den Zugang zum amerikanischen Waffenmarkt verlangt - ein Verlangen, das im Interesse der Gegenseitigkeit gerechtfertigt erschien. Nach dem Tiananmen-Massaker vom 4. Juni 1989 unterband die Bush-Administration zwar den US-Waffenverkauf nach China, ohne daß jedoch umgekehrt der chinesische Waffenzufluß auf den amerikanischen Markt gebremst worden wäre. So konnte es zu dem "Rekordumsatz" von 1991 kommen!

2.1.3

Rüstungs-Kooperation

China hilft anderen Staaten auch bei der Entwicklung von Waffensystemen, und zwar nicht nur beim Bau von Raketen und bei der Anwendung von Nukleartechnologie, sondern auch bei der Herstellung einfacherer Flugzeugtypen. So unterstützten beispielsweise chinesische Ingenieure ihre pakistanischen Kollegen bei der Entwicklung eines Trainings-Jagdflugzeugs, das unter der Bezeichnung "Karakorum 8" am 19. März 1993 seinen Jungfernflug erlebte, und zwar von China nach Kamra, dem "Pakistan Aeronautical Complex".

Die Serienproduktion des Flugzeugs soll in Kamra Ende 1994 aufgenommen werden.⁸

Die Philippinen sollen den Chinesen inzwischen eine Zusammenarbeit bei der Rüstungsproduktion angeboten haben.

2.1.4

Der Handel mit "sensiblen Waffen"

2.1.4.1

Raketenwaffen

Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß kein anderes Land so intensiv mit dem Transfer von Raketentechnologie an Länder der Dritten Welt, nicht zuletzt auch an Diktaturen im Nahen Osten und in Asien (Nordkorea) befaßt sei wie China. Keine amerikanische Anstrengung habe das Land bisher davon abhalten können, seine Exporte und Transfers fortzusetzen.⁹

Zu den führenden Firmen, die in den vergangenen Jahren für den Verkauf von Raketen- und Nukleartechnologie in die Dritte Welt verantwortlich waren, gehören die "China Great Wall Industry Corp." und die "China Precision Machinery Import Export Corp.". Die Verwicklung beider Firmen läßt sich zumindest in die Geschäfte mit Saudi-Arabien, Pakistan und Iran nachweisen.¹⁰

1989 lieferte die Volksrepublik M-9-Raketen an Syrien und M-11-Raketen an Pakistan. Die M-9 hat eine Operationsweite von 600 km und konnte deshalb auch Israel gefährlich werden. Bevor Israel deshalb i.J. 1992 diplomatische Beziehungen mit China aufnahm, drängte es auf eine Selbstverpflichtung der VBA, solche Lieferungen künftig zu unterlassen.

Die M-11 hat eine Reichweite von 290 km und könnte von den Pakistanis zumindest in Richtung Nordindien abgeschossen werden.

Sowohl die M-9 als auch die M-11 eignen sich für die Bestückung mit Nuklearmunition.

Die US-Regierung zeigte sich über Meldungen dieser Art beunruhigt und versuchte immer wieder, Beijing von solchen Lieferungen abzuhalten. Als dies alles nicht fruchtete, verbot die Bush-Regierung Ende 1991 US-Exporte von schnellen Computern und von Satellitenteilen nach China. Das Verbot wurde jedoch wieder aufgehoben, als Außenminister Baker wenige Monate später nach Beijing kam und dort

die Zusicherung erhielt, daß M-11-Raketen künftig nicht mehr exportiert würden.¹¹

Schon seit geraumer Zeit hatte Beijing zu erkennen gegeben, daß es Kontrollmaßnahmen gegen die Weitergabe von Raketentechnologie prinzipiell unter drei Bedingungen zustimmen wolle: (1) Die Kontrollmaßnahmen sollten mit umfassenden Kontrollen des internationalen Waffenmarktes einhergehen, (2) sie müßten ferner mit Abrüstungsschritten sowie (3) mit einer fairen und vernünftigen Lösung regionaler Konflikte verbunden sein.¹²

Am 23. Februar 1992 gab das Außenministerium in Beijing bekannt, daß sich die chinesische Regierung künftig an die internationale Konvention zur Begrenzung der Weitergabe von Raketentechnologie halten wolle. Das 1987 zwischen 16 Ländern vereinbarte "Missile Technology Control Regime" (MTCR) verbietet den Verkauf von Raketen, die eine Ladung von 500 kg Nutzgewicht über eine Strecke von 300 km befördern können.

Anlaß für dieses Versprechen war eine Zusage der US-Regierung, eine Reihe von Militärtechnologiesanktionen gegen China aufzuheben.¹³

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte China allerdings bereits zahlreiche Raketen verkauft, die die MTCR-Kriterien bei weitem überstiegen, so z.B. die bereits erwähnte M-9, die 500 kg auf 600 km trägt, an Syrien und an den Iran sowie die M-11 an Pakistan. Außerdem hatte China an Nordkorea Komponenten für SCUD-B-Raketen geliefert.¹⁴

Mit der Bindung an das MTCR hat sich China den bisher striktesten Selbstbeschränkungsverpflichtungen für den Export von Raketentechnologie unterworfen, nachdem es vorher jahrelang einer der schrankenlosesten Lieferanten gewesen war und vor allem den Iran-Irak-Krieg (1980 ff.) voll für sich und sein Einnahmewesen genutzt hatte.

Angesichts der immer stärker um sich greifenden Deregulierung wird man allerdings abwarten müssen, ob die staatliche Selbstverpflichtung auch wirklich greift, ob also vor allem nicht die einzelnen Industrien Schleichwege finden, um am Ende doch noch ohne die lästige Kontrolle des Staates ihre profitbringenden Geschäfte tätigen zu können.

Die Aussichten stehen nicht gut, denn bereits in den Wochen des Machtübergangs von Präsident Bush auf Clinton sollen die Waffenverkäufe Chinas explosionsartig wieder zugenommen haben. Offensichtlich befürchtete man in Beijing, daß der Nachfolger Clinton der VRCh gegenüber eine härtere Linie einnehmen könnte, so daß es galt, die Gunst der Stunde zu nutzen.¹⁵ In den Übergangswochen sind, einem CIA-Bericht vom Dezember 1992 zufolge, zahlreiche chinesische Waffen nach Iran, Pakistan, Syrien und Libyen verschoben worden, u.a. auch weitere M-11-Raketen nach Pakistan.¹⁶

In den letzten Novembertagen 1992 seien rd. zwei Dutzend chinesische Raketen des Typs M-11 in Pakistan gesichtet worden. Diese modernen Träger könnten auch mit atomaren Sprengköpfen bestückt werden, heißt es. Auch könnten sie schneller als die SCUDs abgefeuert werden. Die US-Regierung unter Bush hatte in den vorangegangenen drei Jahren immer wieder versucht, solche Raketenlieferungen von China an Pakistan zu verhindern.¹⁷

Im Februar 1993 mußte sich China erneut wieder mit Gerüchten auseinandersetzen, denenzufolge die VRCh mit Syrien und dem Iran weiterhin in der Entwicklung von Raketenwaffen zusammenarbeite.¹⁸

2.1.4.2

Nuklearwaffen

China stand überdies eine Zeitlang im Verdacht, Nuklearwaffentechnologie an den Iran und an Pakistan geliefert zu haben. Allerdings betonte die chinesische Seite immer wieder, daß sie Nukleartechnologie ausschließlich für friedliche Zwecke zur Verfügung gestellt habe - eine Versicherung, die in weiten Teilen der Welt, vor allem bei den Nachbarn der Lieferanten (Indien und Irak!) auf Skepsis stießen.

Die chinesischen Angaben im Hinblick auf den Iran wurden vor allem deshalb angezweifelt, weil China ja ursprünglich auch geleugnet hatte, Mittelstreckenraketen vom Typ Dongfeng ("Ostwind") i.J. 1988 an den Iran geliefert zu haben. Später sah sich die Volksrepublik dann veranlaßt, Lieferungen solcher Art zuzugeben.

Die ganzen 80er Jahre über gehörte China, die einzige Nuklearmacht in Asien, zu den großen Gewinnern eines

"Free Nuclear Trade", von dem vor allem Argentinien, Brasilien, Indien und sogar das von Beijing so notorisch angefeindete Südafrika profitierten.

Mit Argentinien und Brasilien fand eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nukleartechnologie statt. Indien wurde zwischen 1982 und 1987 von China mit "Schwerwasser" beliefert, das zur Herstellung von Plutonium geeignet ist.¹⁹

Pakistan erhielt von China Uran für den Bau mindestens zweier Atombomben und bezog außerdem Nukleartechnologie. Schon Mitte 1991 soll Pakistan über eine "kompakte" Atombombe von nur 180 kg Gewicht verfügt haben.²⁰ Chinesische Wissenschaftler arbeiteten überdies im pakistanischen Nuklearzentrum von Kahuta, und zwar u.a. am Bau einer Gaszentrifuge, die ebenfalls zur Fertigungstechnologie von Atomwaffen gehört.

- Im April 1991 erfuhr der US-Geheimdienst, daß China in Algerien am Bau eines Schwerwasserreaktors mitwirkte - in einem Land also, das den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet hat. Der Reaktor sei zu klein, um Elektrizität wirtschaftlich zu produzieren, aber zu groß, um lediglich Forschungszwecken zu dienen. Sein einziger Zweck könne eigentlich nur darin bestanden haben, Atomwaffenmaterial herzustellen.²¹

Nachdem China das KKW Qinshan (angeblich zu 100% in Eigenregie) fertiggestellt und am 15. Dezember 1991 den ersten Versuchsdurchlauf gestartet hatte,²² ging es systematisch dazu über, sich als Anbieter kleinerer Kernkraftwerke auf dem Weltmarkt zu präsentieren. Den Anfang dazu machte ein im Dezember 1991 mit Pakistan abgeschlossener Vertrag zur Lieferung und Installation einer schlüsselfertigen 300-MW-Analge.

Anschließend kam es zu Verhandlungen mit Ägypten, Iran und Bangladesch. China wies in diesem Zusammenhang immer wieder darauf hin, daß gerade das neuerstellte 300-MW-KKW von Qinshan (südlich von Shanghai) ein geeignetes Muster für andere Länder der Dritten Welt sei. Ein schlüsselfertiges KKW vom Qinshan-Typ könne für rd. 1,3 Mrd. Yuan (= rd. 350 Mio. DM) erstellt werden -

ein wahrhaft verlockender Preis, zumal dann, wenn auch noch der "billige" Nachservice mit eingerechnet wird.

Sogar an Ghana soll China einen Mini-Nuklearreaktor verkauft haben.²³

Bereits im Dezember 1992 stand fest, daß ein 300-MW-Reaktor vom Qinshan-Typ auch an den Iran geliefert wurde.

Immer wieder betonte China in diesem Zusammenhang, daß die KKW nur zur Stromgewinnung eingesetzt würden und daß sie für die Atomwaffenproduktion ungeeignet seien - eine Behauptung, die vor allem von den USA als absurd bezeichnet wird.

Am 12. Oktober 1992 gab China seine "Prinzipien über den Export von Nukleartechnologie" bekannt. Sie dürfe (1) nur für friedliche Zwecke benutzt werden, (2) müsse außerdem der Kontrolle der Internationalen Atomenergie-Agentur unterstehen und dürfe (3) an Drittländer nicht ohne Chinas Zustimmung weiter geliefert werden.²⁴

Dies sind schöne Grundsätze, die den Chinesen allerdings vor allem vom amerikanischen CIA und anderen Stellen nicht abgenommen werden.

Angesichts des Verdachts der Lieferung von kriegstauglicher Nukleartechnologie an andere Länder drängten vor allem die USA Beijing immer stärker dazu, sich dem Atomwaffensperrvertrag (Nuclear Non-Proliferation Treaty) anzuschließen. Erstaunlicherweise ließ sich die VR China auf dieses Ansinnen ein und unterzeichnete den Vertrag am 9. März 1992.²⁵

China hat den Atomwaffensperrvertrag allerdings seufzend unterschrieben. Nachdem aber auch Frankreich, der letzte der offiziellen Atomwaffenbesitzer, im Juni 1991 den NPT unterzeichnet hatte, war den Chinesen kaum noch etwas anderes übriggeblieben.

Der Schritt Beijings fand zwar weltweit viel Lob, doch ist das Mißtrauen gegen die Volksrepublik als Lieferantin von Atomwaffentechnologie nach wie vor geblieben. Dies wurde nicht zuletzt deutlich bei einer Aussprache des amerikanischen Kongresses Mitte März 1993, als drei führende Senatoren während eines Hearings die VR China anklagten, im "weltweiten

Transfer von tödlichen Waffen der Hauptschuldige" zu sein. In diesem Zusammenhang wurden als Adressanten Syrien, der Iran, der Irak, Indien, Pakistan, Ägypten und Libyen genannt.²⁶ Vor allem der rechtsstehende Senator Jesse Helms verteilte bei dieser Gelegenheit Kartenmaterial, auf dem China als das Zentrum des globalen Handels mit Raketen sowie ABC-Waffen aufgeführt war.

Senator Paul Simon machte Beijing beim gleichen Hearing für den Rüstungswettlauf zwischen Indien und Pakistan verantwortlich.

2.1.5

Chinas Stellung im internationalen Waffenhandel

Der "Global Arms Trade Report" des US-Kongresses vom Juni 1991 zeigt, daß die frühere Sowjetunion, die USA und Europa die ganzen 80er Jahre über rd. 80% des gesamten Weltwaffenhandels bestritten haben.

Chinas Anteil am Weltmarkt lag danach bei rd. 4%.

In einem Bericht der RAND Corporation von Anfang 1992 tauchte China als der fünfgrößte Waffenbeschaffer für die Dritte Welt auf, und zwar mit einem Umsatz in Höhe von 13 Mrd. US\$ im Zeitraum 1982-1989.

Während der gleichen Zeit soll die frühere Sowjetunion aber Waffen in Höhe von 133 Mrd. US\$ exportiert haben - gefolgt von den USA (50 Mrd.), Frankreich (26,5 Mrd.) und Großbritannien (14 Mrd.).²⁷ Demnach wäre China den Briten dicht auf den Fersen gewesen.

Seit Beginn der 90er Jahre allerdings scheinen die chinesischen Waffenverkäufe an Wert erheblich zurückgegangen zu sein, angeblich um zwischen 40 und 50%. Der Grund dafür war vermutlich die atemberaubende Demonstration hochentwickelter Waffen durch die USA im Golfkrieg, mit deren Standard die Chinesen schlechterdings nicht mithalten konnten. Der technische Rückstand der chinesischen Waffenproduktion hat hier m.a.W. auch zu einem Rückgang des Waffenhandels geführt.

Schon wenige Monate nach Beendigung des Golfkriegs, nämlich Anfang Juni 1991, wurde die "China Electro-

nics Industry Corp." (CEIC) gegründet, und zwar als Dachorganisation für rd. 200 Elektronikhersteller, 50 Forschungsinstitute, 7 Hochschul- und andere Institutionen mit zusammen 370.000 Arbeitskräften. Der hohe Stand der Waffentechnik, wie er während des Golfkriegs zutage getreten sei, habe den Zusammenschluß nötig gemacht, hieß es in offiziellen Verlautbarungen.²⁸ China müsse sich beeilen, seinen Rückstand wettzumachen. Bis 1995 sollen unter der CEIC Produkte mit einem Gesamtwert von jährlich 5,1 Mrd. US\$ hergestellt werden.

Ein zweiter Grund für den Rückgang dürfte darin liegen, daß die VR China inzwischen verstärkt auf MFN-, NPT- und MTCR-Konventionen Rücksicht zu nehmen hat.

- MFN: Was die Meistbegünstigungsklausel (Most Favoured Nation Clause) vor allem mit den USA anbelangt, so schwebt seit Jahren, vor allem seit den Tiananmen-Ereignissen von 1989 eine Art Damoklesschwert über den milliardenschweren chinesischen Exporten in die USA.

Längere Zeit hatten Gegner der VRCh im Kongreß die Menschenrechtsfrage als Hauptwaffe gegen China benutzt, doch wurde seit 1992 der chinesische Waffenexport zum Hauptknüppel in der Hand der Chinagegner, vor allem der Vorwurf, daß China die "Paria-Regime" in Libyen, Irak, Iran und Birma nach Belieben mit Waffen ausstatte. Die VRCh solle, falls sie sich hier nicht mehr Zurückhaltung auferlege, mit einem Entzug des Meistbegünstigungsstatus bestraft werden.

Mit der "Meistbegünstigungs"-Klausel besitzen die USA ein starkes Druckmittel; bewegen sich die chinesischen Handelsüberschüsse mit den USA seit 1989 doch regelmäßig bei 10 Mrd. US\$ p.a. Diese Spanne zu verlieren, wäre ein schmerzlicher Verlust. China muß sich fragen, ob sein Nuklear- und Raketenprogramm mehr einbringt als der normale Handelsaustausch mit den USA.

- NPT: Immer größer auch wurde der Druck auf die Volksrepublik, endlich dem Atomwaffensperrvertrag (Nuclear Non-Proliferation Treaty) beizutreten, vor allem, nachdem der dringende Verdacht aufgekommen war, daß die Volksrepublik Staaten wie Pakistan,

Algerien und Syrien mit Nuklearausrüstungen beliefert habe, die diese Staaten nebenbei auch instand setzten, Atombomben herzustellen.

China hat Nuklear-Lieferungen zwar nicht geleugnet, jedoch immer darauf hingewiesen, daß es sich bei den besagten Objekten lediglich um Forschungsreaktoren und -geräte für friedliche Zwecke handle.

Im März 1992 hat Beijing den NPT, wie gesagt, unterzeichnet und damit sein Einverständnis erklärt, daß Länder, die Nuklearmaterial aus chinesischen Lieferungen erhalten, Kontrollen der in Wien stationierten Internationalen Atomenergiebehörde über sich ergehen lassen müssen.

Letztlich freilich hatte die Unterzeichnung des NPT dann doch nicht die erwünschten Auswirkungen, da wichtige Empfänger wie Algerien und Syrien ja dem NPT nicht angehören.

- MTCR: Was das MTCR (Missile Technology Control Regime) anbelangt, so verbietet es den Export von Raketen mit Reichweiten von über 300 km.

China hat, bevor es im Februar 1992 dem MTCR beitrug, Mittelstreckenraketen, die diese Kriterien erfüllen, an Saudi-Arabien, an Pakistan (M-9-Raketen) und an Syrien (M-9 und M-11) geliefert.²⁹

Die Auswirkungen solcher Lieferungen waren fatal, insofern sie (1) einen neuen regionalen Rüstungswettlauf anheizten, (2) den Erwerb von ABC-Köpfen anregten und (3) den weiteren Transfer von Raketentechnologie in Gang setzten.

- Auch in die Verhandlungen über das Verbot von C-Waffen ist die VR China seit 1992 eingeschaltet worden.

Initiator der Bemühungen um einen baldigen Abschluß der UNO-Konvention zur Ächtung chemischer Waffen war die Bundesrepublik Deutschland, die im Juli 1992 mit einer Reihe von asiatischen Staaten, vor allem aber mit der VR China Kontakte aufnahm, dort allerdings auf erheblichen Widerspruch stieß. Ursächlich für die Widerständigkeit Beijings waren nicht nur die eigenen Interessen, sondern offensichtlich auch Rücksichtnahmen Bei-

jings auf Pakistan, Syrien und Iran, mit denen die VRCh enge Beziehungen und eine intensive Zusammenarbeit im Waffenhandel und bei der Waffenentwicklung pflegt.³⁰

2.2

Waffenbezug

2.2.1

China als Käufer von Waffen

Prinzipiell steht die Volksrepublik auf dem Standpunkt des "Zi li geng sheng", d.h., es versucht, "auf eigenen Beinen zu gehen".

Überall dort jedoch, wo technologische Lücken klaffen, ist das Land auf Zukäufe angewiesen.

Noch in den 50er Jahren war die damals "verbrüdete" UdSSR der fast ausschließliche Waffenlieferant, der die Volksrepublik nicht nur mit Flugzeugen, Schiffen und Artillerie etc. versorgte, sondern dort ganze Waffenfabriken aus dem Boden stampfte und Entwicklungshilfe zur Verfügung stellte.

Nach dem Bruch mit der Sowjetunion (1960 ff.) wurde China dann auf reine Selbstversorgung zurückgeworfen und konnte Know-how-Schablonen nur noch über verbündete Drittweltländer beziehen, z.B. aus Ägypten oder Pakistan.

Erst nach der "Türöffnung" der Jahre 1978 ff. hatten auch Waffenaufkäufer wieder die Möglichkeit, sich in der Welt umzusehen.

Zu den Hauptlieferanten wurden nun, sieht man einmal von den fortlaufenden "Muster-Zukäufen" aus Drittweltländern ab, die USA, Israel und die Nachfolgestaaten der UdSSR, vor allem Rußland, die Ukraine und Kasachstan.

2.2.2

Hauptlieferanten

2.2.2.1

Die USA

In den 70er Jahren waren die USA eine Zeitlang Chinas wichtigster Waffenlieferant geworden. Der Austausch mit der Volksrepublik wurde allerdings vor allem durch zwei Umstände immer wieder gebremst, nämlich durch amerikanische Waffenlieferungen an Taiwan und, zweitens, durch Rüstungs-

sanktionen, die von seiten Washingtons gegen einzelne chinesische Firmen verhängt wurden, so z.B. im Juni 1991 gegen zwei chinesische Korporationen, nachdem sie Kurzstreckenraketen an den Iran, Syrien und Pakistan geliefert hatten.

Nachdem Beijing jedoch offiziell erklärt hatte, daß sich die Waffenlieferanten des Landes fortan an internationale Abmachungen zur Weitergabe von Raketentechnik halten müßten, hoben die USA die Sanktionen Mitte Februar 1992 wieder auf. Die damals in Opposition stehenden Demokraten kritisierten den Schritt der Regierung Bush, die eine merkwürdig sentimentale - und verfehlt! - Chinapolitik steuere und sich durch die beruhigenden Erklärungen Beijings erneut habe hereinlegen lassen, obwohl doch durch Geheimdienstberichte klar nachgewiesen sei, daß China sich keinen Augenblick lang davon habe abhalten lassen, atomwaffentaugliche Raketentechnologie an Länder wie den Iran, Syrien, Libyen und Pakistan zu liefern.³¹ Der Hinweis, daß chinesische Waffenlieferungen nur dazu dienten, die Selbstverteidigungsfähigkeit der betreffenden Länder zu steigern, entspreche ganz einfach nicht den Tatsachen!

Amerikanische Waffentechnologie geht der VR China nicht nur auf direktem, sondern auch auf *indirektem* Weg zu. So hat die chinesische Luftwaffe z.B. aus dem Iran amerikanische Ausrüstungen zur Betankung von Flugzeugen in der Luft erhalten. Die amerikanische Technologie soll künftig auf das chinesische Flugzeug Yun-8-C übertragen werden. Damit würde die Fähigkeit der chinesischen Luftwaffe für Operationen vor allem im Spratley-Bereich erhöht.³²

2.2.2.2

Israel

Noch lange vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Israel im Januar 1992³³ hatte es eine enge Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten auf dem Gebiet der Waffentechnik gegeben.

Waffentechnisch war Israel für China ein einzigartiger Partner, insofern es nämlich Beutewaffen aus mehreren Mittelostkriegen gesammelt und gründlich analysiert hatte, so daß dort ein solider Überblick über nahezu sämtliche Waffensysteme dieser Welt

verfügbar war. Darüber hinaus hatte Israel einige interessante eigene Entwicklungen hervorgebracht. Auch die israelische Panzerwaffe hat den Chinesen mächtig imponiert, so daß vor allem israelische Lieferungen im Bereich von elektronischen Feuerleitanlagen für Panzerkanonen, für Nachtsichtgeräte u.dgl. interessant sein mußten.

Zwischen 1976 und 1988 soll Israel nach Angaben der *Washington Post*³⁴ moderne Waffen im Gesamtwert von rd. 4 Mrd. US\$ an die Volksrepublik geliefert haben. Auch wurden in China seit Ende der 70er Jahre immer häufiger israelische Militärberater gesehen.³⁵ Kein Geheimnis ist es inzwischen auch, daß die 105 mm-Kanonen auf den chinesischen T-69-Panzern aus israelischer Produktion stammen. Außerdem belieferte Israel die VR China mit Raketenköpfen und mit panzerbrechender Munition.³⁶

Auch zu einer Zusammenarbeit beim Raketenbau sowie bei der elektronischen Überwachung soll es gekommen sein. Beijing habe sich, wie es heißt, an Jerusalem um Hilfe gewandt, nachdem die Israelis das in der Sowjetunion hergestellte Flugzeug- und Raketenabwehrsystem im Jahre 1982 habe ausschalten können.³⁷

Israel soll sogar so weit gegangen sein, den Chinesen Raketenysteme des im Golfkrieg bewährten Typs "Patriot" verkauft zu haben. Wegen dieser Meldung kam es zwischen Israel und den USA zu einem "Zusammenstoß".³⁸ Der israelische Verteidigungsminister Arens bezeichnete am 12. März 1992 Behauptungen dieser Art als "völlig aus der Luft gegriffen".³⁹

Israel lieferte China Technologien für Panzerbau und -abwehr, Flugzeugbau, Raketen- und Radartechnik, während sich China umgekehrt mit der Lieferung seltener Metalle, wie Vanadium und Titan, revanchierte.

Angesichts dieser engen Zusammenarbeit mußte es für Jerusalem höchst befremdlich sein, daß China weiterhin Waffen an Todfeinde Israels im Nahen Osten verkaufte, vor allem an Syrien, den Irak und Iran. Besonders bedrohlich die Vorstellung, daß Syrien chinesische M-9-Raketen und einen Nuklearreaktor von China geliefert erhalten hat.⁴⁰ Raketen gingen aber auch an Saudi-Arabien und an den Iran. Die

Saudis erhielten von China beispielsweise ballistische Raketen vom Typ CSS-2, die auch nukleare Sprengköpfe befördern können.

Die Raketen- und Nuklearlieferungen Chinas an Syrien waren für Israel vor allem deshalb so besorgniserregend, weil in Jerusalem sehr wohl das syrische Bestreben bekannt ist, mit Israel strategisch gleichzuziehen. Schon bisher hatte Israel rd. 20% seines Bruttoinlandsprodukts in die Landesverteidigung gesteckt. Noch mehr einzusetzen, hätte die Kräfte des Landes überfordert.

Um so empörter mußte man in Israel sein, daß ausgerechnet der alte Kooperationspartner China den Hauptgegner Syrien mit brisantester Technologie ausrüstete.

Israel fragte sich, was beispielsweise chinesische Raketenexperten in Syrien⁴¹ und im Iran zu suchen hatten: Half China dort nicht auch in höchst subtiler Weise bei der Entwicklung einer eigenen Atomwaffe!?⁴²

Da Israel einsehen mußte, daß sein Druck auf die VRCh allein nicht genügte, schaltete es zusätzlich Washington ein.⁴³

Anfang September 1992 kam eine chinesische Delegation unter Leitung des Außenministers Qian Qichen nach Israel und gab dort, wie zunächst gemeldet wurde, eine Verpflichtungserklärung ab, daß China keine Waffen mehr in den Nahen Osten liefern werde.

Schon wenige Tage später allerdings ließ die chinesische Regierung wissen, daß diese Verpflichtungserklärung doch nicht abgegeben worden sei, da sie auf einem angeblichen Übersetzungsfehler des Dolmetschers der chinesischen Delegation beruht habe (sic!).⁴⁴

2.2.2.3

Rußland, Ukraine, Kasachstan

Seit 1991/92 ist Rußland erneut zum Hauptwaffenlieferanten geworden. Im Oktober 1992 unterzeichneten beide Seiten einen Kontrakt über den Kauf von 24 SU-27-Jagdflugzeugen; ferner wurden Verhandlungen über die Lieferung von MiG-31-Maschinen geführt sowie über den Transfer von Flugzeugtechnologie an China. Auch Transportflugzeuge und Raketen standen zur Debatte.⁴⁵

Rußland befindet sich wirtschaftlich in einer verzweifelten Situation. Da seine Industrie international nicht wettbewerbsfähig ist, gibt es im Grunde genommen nur drei Güter, mit denen sich Devisen beschaffen lassen, nämlich Gas, Öl - und Waffen. Angeblich leben 35 Millionen Russen direkt oder indirekt von der Waffenproduktion - mit der Folge, daß der Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes nach wie vor gewaltig ist,⁴⁶ zumal auch die Konversion bisher kaum etwas gebracht hat; angeblich kostete eine Umstellung der riesigen russischen Waffenindustrie auf Zivilproduktion mindestens 150 Mrd.US\$.

Hatte die alte Sowjetunion Waffen zumeist noch aus politischen Gesichtspunkten veräußert, wobei diese Lieferungen vielfach nicht einmal zu bezahlen waren, so läßt sich Rußland fast nur noch von Marktgesichtspunkten leiten; damit aber bringt es auch die westliche Rüstungsindustrie in Konkurrenznot, da diese bei den "Schnäppchen"-Preisen Rußlands nicht mehr mithalten kann. Ganz besonders "preiswert" sind Rüstungsgüter, die nicht neu produziert, sondern inzwischen von der Roten Armee auf Halde gelegt wurden. Angeblich werden nach dem Ende des Kalten Krieges in Rußland 1.600 Kampfflugzeuge und 20.000 Panzer nicht mehr gebraucht. Damit ergibt sich ein Veräußerungsdruck, der zu einer bisher einzigartigen Situation auf dem weltweiten Waffenmarkt führt.

China hat es verstanden, diese neue Konjunktur auszunutzen, obwohl es in seinen neueren offiziellen Verlautbarungen immer wieder darauf hinweist, daß seine Waffenkäufe alles andere als ein "großer Sprung" seien.

Bereits Ende 1991 hatte China der russischen Regierung einen Kredit in Höhe von 1 Mrd.US\$ zugesagt und dafür, im Gegenzug, zahlreiche waffentechnische Zugeständnisse erhalten: u.a. wurde ein Kontrakt über den Kauf von mehreren hundert T-72-Panzern abgeschlossen.⁴⁷ Außerdem sind angeblich 200 frühere sowjetische Rüstungswissenschaftler für chinesische Entwicklungsprojekte angeheuert worden.⁴⁸

Anfang Juli 1992 entstand innerhalb der VBA ein eigenes Gremium, das ausschließlich damit befaßt war, von Rußland Waffen aufzukaufen.⁴⁹ Von Anfang an wurden diesem Gremium 2 Mrd.US\$ zur Verfügung gestellt.

Es muß nicht immer am bösen Willen der russischen Regierung gelegen haben, daß hochbrisante Technologien zwischenzeitlich in alle Welt gingen, u.a. auch nach China; denn beim Kauf von Waffen sollen sich die Chinesen direkt an die Hersteller und nicht erst an die russische Regierung gewandt haben.

Während seines Staatsbesuchs im Dezember 1992 gab der russische Präsident Boris Jelzin bekannt, daß bisher zwischen China und Rußland i.J. 1992 Waffenlieferungskontrakte mit einem Umfang von 1,8 Mrd.US\$ abgeschlossen worden seien - u.a. seien auch 24 hochmoderne Sukhoi-27-Jagdflugzeuge ("SU-27") an China geliefert worden - am Ende würden es möglicherweise sogar 75 sein. Die Rede war auch von SAM-Raketen, Panzern, weitreichendem Radar, U-Booten, MiG-31 Jagdflugzeugen u.dgl. mehr.⁵⁰

Die Behauptung allerdings, daß die VBA schon bald 100-300 Raketen aus Rußland einführen wolle, wurde von einem Sprecher des Außenministeriums als "ungenau und übertrieben" bezeichnet.⁵¹

China plant darüber hinaus, von Rußland, aber auch von der Ukraine SAM(Surface to Air Missiles)-Raketen, Zerstörer und Fregatten zu erwerben. Sogar wegen des Erwerbs eines Flugzeugträgers wurde in der Ukraine angefragt.

Im Rahmen des Jelzin-Besuches in der VR China soll auch vereinbart worden sein, daß China russische Waffentechniker einstellen könne, die den Chinesen zu einer hochtechnologischen Industriebasis verhelfen sollten.⁵²

Ein besonders interessanter Partner wäre für China auch Kasachstan, da es neben Rußland und der Ukraine einer der drei Staaten ist, auf denen Restbestände der einstigen sowjetischen Nuklear- und Raketenmacht lagern. Bisher lassen sich freilich kaum Informationen über chinesisch-kasachische Abmachungen im Hinblick auf eine Waffenzusammenarbeit beschaffen.

3

Der militärisch-industrielle Komplex und seine Waffengeschäfte

3.1

Konflikte zwischen dem machtlosen Außenministerium und dem einflußreichen MIK

In ihrem Erklärungsverhalten weist die Volksrepublik beträchtliches Geschick

auf und versteht sich als friedliebend, ja beinahe altruistisch zu "verkaufen". Denn was gibt es schon Edleres als anderen bei ihrer Selbstbehauptung zu helfen und sie in ihrer Selbstverteidigungsfähigkeit zu unterstützen!?

Darüber hinaus ist die Volksrepublik auch noch verschiedenen Selbstbeschränkungsabkommen beigetreten oder verspricht zumindest, solche Beiträge zu erwägen - man denke an den Atomwaffensperrvertrag, an das MTCR (Missile Technology Control Regime) oder aber auch an ein weltweites Abkommen über das Verbot von C-Waffen.

Auf den ersten Blick steht also alles zum besten!

Andererseits jedoch kommt es immer wieder zu Verstößen sowohl gegen den Geist als auch gegen den Buchstaben solcher Erklärungen und völkerrechtlicher Abmachungen - man denke u.a. an den rapide angestiegenen Waffenlieferungsstrom während des amerikanischen "Interregnums", als Bush gerade zurückgetreten und Clinton noch mit der Geschäftsübernahme beschäftigt war; man denke aber auch an die zahlreichen verdächtigen Austauschbewegungen, die sich auf den Flughäfen der chinesischen und der potentiellen Kunden beobachten lassen, und die immer wieder den Verdacht auslösen, es gehe hier etwas nicht mit rechten Dingen zu.

Wie erklärt sich dieses widersprüchliche Verhalten eines Landes, das doch im "Normalfall" als höchst vertragstreu gilt?

Unter den gegebenen Umständen gibt es eigentlich nur *eine* Erklärung, nämlich daß die linke Hand in China nicht mehr so recht weiß, was die rechte tut - oder, genauer ausgedrückt, daß die linke nicht *verhindern* kann, was die rechte tut!

Gemeint ist hier die Spannung zwischen Außenministerium einerseits und den verschiedenen Gremien und Unterabteilungen der VBA sowie der Verteidigungsindustrie andererseits. Es besteht m.a.W. ein Konflikt zwischen Außenministerium und militärisch-industriellem Komplex.

Das Außenministerium, das nach außen hin so schöne - und ganz sicherlich auch wohlgemeinte - Erklärungen abgibt, sieht sich m.a.W. außerstande, dem MIK Zügel anzulegen.

3.2 Der MIK (militärisch-industrielle Komplex)

Einen MIK hat es bis zum Ende des maoistischen Zeitalters nicht gegeben, da damals die politische Führung, die Armee und die Verteidigungsindustrie noch nicht ausdifferenziert sowie organisatorisch gegeneinander abgegrenzt waren, und da vor allem die "Herrschaft und Ideologie" noch beherrschend war und alles zusammenband. Selbst der "Ausreißversuch" des ehemaligen Verteidigungsministers Peng Dehuai, der mehr auf "Stahl und Eisen" setzen und eine moderne Verteidigungsindustrie fördern wollte, war schon nach wenigen Jahren wieder vereitelt worden.

Erst im Zeitalter der Reformen, als die "militärische Erneuerung zu einem integrierenden Bestandteil der "Vier Modernisierungen" erhoben worden war, konnte sich auch ein eigener militärischer Interessenkomplex herausbilden und organisatorisch verselbständigen. Seine beiden Hauptbestandteile sind ein *Institutionengefüge*, das ursprünglich noch filigranhaft deutlich zutage getreten, dann aber immer mehr verwässert worden war, und ein *Personalgefüge*, das stark "nepotistisch" geprägt ist. Im einzelnen:

3.2.1

Die organisatorische Komponente des MIK

Der MIK Chinas hat sich im Laufe der Jahre zu einem Labyrinth entwickelt. Seine Struktur ist ungefähr genau das Gegenteil dessen, was man als "transparent" bezeichnen könnte!

Um hier Durchblick gewinnen zu können, empfiehlt es sich, auf zeitliche Distanz zu gehen und sich ins Jahr 1985 zurückzusetzen, als der Aufbau noch übersichtlich - und für den Außenstehenden nachvollziehbar - war. Spätestens Mitte der 80er Jahre begannen dann zahlreiche organisatorische Verwirrspiele, die dazu führten, daß selbst Eingeweihte nicht mehr ganz "durchblicken" konnten.

Die drei Hauptkomponenten des MIK waren damals die VBA, ferner der Komplex der Verteidigungsindustrie und, als Dritter im Bunde, die NKVTI (Nationale Kommission für Verteidigungstechnologie und -industrie).

Entscheidend in diesem Zusammenhang war schon damals die Tatsache, daß VBA und Verteidigungsindustrie

verschiedenen organisatorischen Strängen zugehörten: Die VBA unterstand (und untersteht) der Zentralen Militärkommission, die Verteidigungsindustrie dem Staatsrat, die NKVTI dagegen sowohl der ZMK als auch dem Staatsrat. Die NKVTI hatte also m.a.W. eine klassische Verbindungsfunktion, wobei sie sich häufig zwischen den divergierenden Interessen der VBA und der Verteidigungsindustrie entscheiden mußte, vor allem, wenn es darum ging, im Ausland (damals vor allem aus den USA) moderne Waffen zu beschaffen: Während die VBA häufig lieber älteres Gerät vorgezogen hätte, das ihren praktischen Anforderungen entsprach, achteten die Verteidigungsministerien stets auf allerneueste Technologie. Da die meisten Mitglieder der NKVTI nicht Soldaten, sondern Techniker in Soldatenuniform waren, fiel das Plädoyer der NKVTI meist zugunsten der Industrien für Verteidigung aus.

Als Organisationen mit verschiedenen bürokratischen Zugehörigkeiten begannen VBA und Verteidigungsindustrien in den 80er Jahren eigene Wege zu gehen und sich im Laufe der Zeit je eigene organisatorische Arme zuzulegen, mit denen sie sowohl Leistungen anbieten als auch Angebote "ergreifen" konnten.

- Die VBA bediente sich hierzu ihrer seit langem bewährten drei "Hauptabteilungen", die als operative Gremien direkt der ZMK unterstehen, nämlich des Generalstabs, der "Allgemeinen Logistikabteilung" und der "Allgemeinen Politischen Abteilung".

Zumindest zwei dieser "Abteilungen" hatten sich bereits 1985 eigene operationelle Organe zugelegt, nämlich der Generalstab die Firma "Poly Tech Inc." (chin.: "Baoli") und die Allgemeine Logistikabteilung die "Xinxing Corp.". Was die Allgemeine Politische Abteilung, also das oberste Politruk-Gremium der VBA angeht, so war zumindest 1985 ein solches operationelles Organ noch nicht nachweisbar; vermutlich aber hat sich die Politabteilung spätestens unter Führung Yang Baibings in den Jahren 1989 ff. ebenfalls ein solches profitbringendes Instrument zugelegt; alles andere wäre untypisch!

- Der *Verteidigungsindustriekomplex* andererseits, der dem Staatsrat untersteht, bestand 1985 aus sechs klar pro-

filierten Ministerien (oder quasi-ministeriellen "Corporationen"), nämlich den Ministerien für Nuklearwesen, für Flugzeugbau, für Elektronik, für Rüstung, für Raumfahrt und für Schifffahrt,⁵³ wobei allerdings das letztere Ressort nicht unter der Bezeichnung "Ministerium" in Erscheinung trat.

Alle sechs Ministerien hatten damals ebenfalls bereits ihre kommerziellen Organe ausgebildet, nämlich (im folgenden werden die im internationalen Verkehr üblichen englischen Bezeichnungen verwendet) das Nuklearministerium seine CNEIC (China Nuclear Energy Industry Corp.), das Flugzeugbau-Ministerium seine CATIC (China Aviation Technology Import-Export Corp.), das Elektronikministerium seine CEIEC (China Electronics Import-Export Corp.), das Rüstungsministerium die Firma NORINCO (North Industry Corp.), das Schiffbau-Ministerium die CSSC (China State Shipbuilding Corp.) und das Raumfahrtministerium gleich zwei Firmen, die seit Ende der 80er Jahre zumindest in den USA einen wenig schmeichelhaften Ruf ge-

nießen, nämlich die CPMIEC (China Precision Machinery Import-Export Corp.) und die Great Wall Corp.

- Damit nicht genug, legte sich auch der Dritte im Bunde, die NKVTI, zwei Organe zu, nämlich die Firmen Xinshidai ("Neues Zeitalter") und "Xiaofeng" (vgl. dazu das beiliegende Organogramm).

Die 1985 noch verhältnismäßig klar zutage liegende Struktur des MIK ist in den folgenden Jahren immer mehr verwässert worden. Vor allem die Ministerien für Verteidigungsindustrie wurden zusammengelegt, wieder auseinandergenommen, abermals kombiniert und wieder neu zusammengestellt.⁵⁴

Entscheidend aber ist die Tatsache, daß die "kommerziellen Arme" geblieben, ja gestärkt und offensichtlich vielfältig wurden.

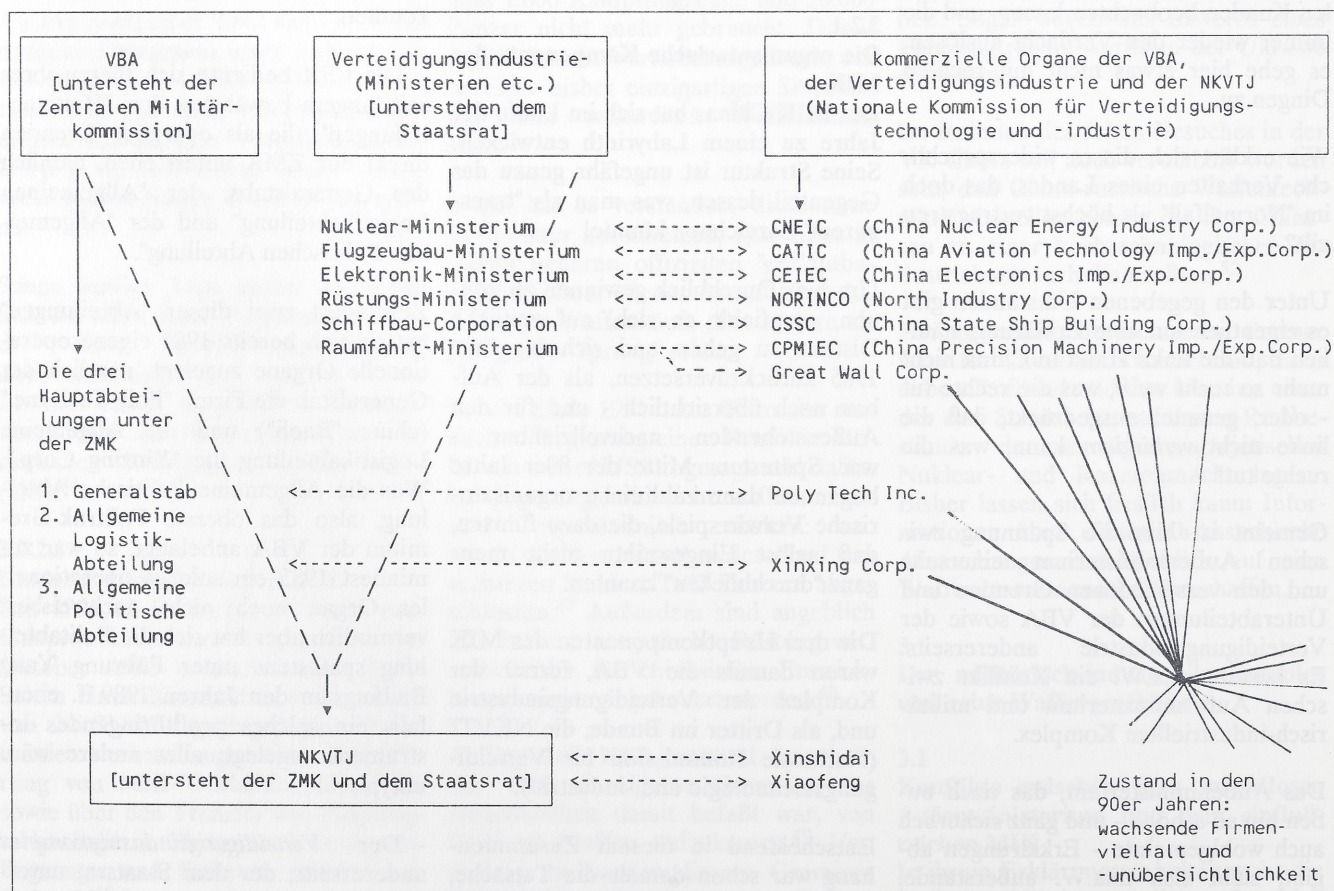
Die dadurch entstandene "neue Unübersichtlichkeit" war offensichtlich keineswegs als unerwünschtes Neben-

ergebnis, sondern vielmehr, wie zu vermuten ist, als bewußte Konstruktion zutage getreten, insofern sich die einzelnen Gremien nämlich ungern in die Karten schauen lassen wollten. Sollte hier also Absicht im Spiel gewesen sein, wäre sie erfolgreich umgesetzt worden, zumindest was die Abwehr gegen mögliche Interventionen des Außenministeriums anbelangt.

Nicht nur die kommerziellen Arme aber, sondern auch die einzelnen Betriebe innerhalb der verschiedenen Industriekomplexe begannen immer selbständiger zu werden, und zwar sowohl was ihre Produktionsskala (zusätzliche Zivilgüterproduktion!), als auch, was ihr Geschäftsgebaren anbelangt. Auch die Einzelbetriebe traten nun immer häufiger als Käufer, Verkäufer und Produzenten auf. Kaum jemand kann noch übersehen, ob es sich bei den hergestellten und vertriebenen oder gekauften Gütern nun um Waffen oder aber um Produkte für den Zivilgebrauch handelt.

Der "militärisch-industrielle Komplex" Chinas

[Zustand i.J. 1985, als die Strukturen noch transparent waren]



Vor allem die 86 Militärfabriken der Provinz Sichuan, die bereits 1992 mit dem Export ihrer Produkte 118 Mio. US\$ erzielen konnten,⁵⁵ wollen künftig ein noch größeres Stück vom Profitkuchen abbekommen und sich nicht mehr nur mit den Brosamen begnügen wollen, die vom Tisch der Großen fallen. Die betriebliche Autonomisierungsbewegung, wie sie heutzutage auf dem Programm der reformerischen Führung steht, hat solche Verselbständigungs- und Konkurrenz Tendenzen noch zusätzlich verstärkt.

Kein Wunder, daß sich die "Waffenhändler" innerhalb des MIK immer mehr ins Gehege kommen, sich auszuspielen versuchen und dabei auch zu Mitteln greifen, die "am Rande der Legalität" liegen.

Die Führung kann die Geister, die sie hier gerufen hat, nicht mehr loswerden und beschränkt sich daher verstärkt auf einen "Kampf gegen die Korruption", ohne allerdings, wie es scheint, die Dinge wieder in den Griff bekommen zu können.

Einige "Firmen" sind bei ihren Waffenverkäufen in den letzten Jahren besonders erfolgreich gewesen, so vor allem die Poly Tech Inc., also der operative Arm des Generalstabs, dessen Büro im 17. Stock des CITIC-Gebäudes (China International Trust and Investment Corp.) in Beijing untergebracht ist - ganz offensichtlich ein Tarnmanöver, da es der Poly Tech unangenehm ist, offen als Waffenanbieter in Erscheinung zu treten. Die Poly Tech war es vor allem, die den Verkauf von Raketen mit einer Reichweite von 2.600 km im Werte von rd. 2 Mrd. US\$ an Saudi-Arabien organisiert hat.

Einen wenig schmeichelhaften Ruf genießen in der Zwischenzeit auch die beiden Firmen des Raumfahrtministeriums, nämlich CPNIEC und die Great Wall Corp., die vor allem im weltweiten Handel mit Nuklearmaterial tätig sind, das sich, wie oben bereits erwähnt, offensichtlich nicht nur für Kernkraftwerke, sondern auch für militärische Zwecke anwenden läßt.

Die chinesische Verteidigungsindustrie ist also längst nicht mehr einheitlich koordiniert. Weit davon entfernt, wie ein Schachbrett zu funktionieren, zerfällt sie in viele Abteilungen und Unterabteilungen, die z.T. gegeneinander

konkurrieren. Neben den drei "Hauptabteilungen" verfügen auch VBA-Gliederungen inzwischen über besondere Verkaufsorganisationen, sei es nun die Armee, die Luftwaffe, die Marine oder aber die "Zweite Artillerie", welche letztere vor allem mit Raketen zu tun hat.

Chaotisches Verkaufs- und Lieferverhalten ist damit gleichsam vorprogrammiert.

3.2.2

Die personelle Komponente des MIK

Die Erfolge einiger Rüstungsfirmen lassen sich mit ihrem organisatorischen Eigenleben und mit ihrer bloßen Effizienz allein noch nicht ganz erklären. Hinzu kommt vielmehr noch eine personelle Komponente, nämlich die Tatsache, daß die profitbringenden Firmen von zahlreichen "Prinzen" und Kaderkindern mitgesteuert werden, die es verstehen, den politischen Einfluß ihrer Väter oder Verwandten in klingende Münze umzuwandeln. Bekannt geworden als "Prinzenanstalten" sind NORINCO, vor allem aber "Poly Tech Inc.", die 1984 gegründet wurde, und deren Erster Vorsitzender, He Pengfei, Sohn eines der früheren Spitzenmilitärs der VBA, nämlich des (verstorbenen) Marschalls He Long war. Sein Nachfolger, Wang Jun, ist der zweite Sohn Wang Zhens, eines der "Acht Veteranen", die das Tiananmen-Massaker angeordnet haben, und der bis zu seinem Tod i.J. 1992 einer der Grauen Eminenzen der chinesischen Politik war.

Als Vizepräsident in der Poly Tech Inc. fungiert inzwischen He Ping, Sohn des VBA-Generals He Biao, der mit einer von Deng Xiaopings Töchtern, Deng Rong, verheiratet ist, die wiederum als persönliche Assistentin He Pings bei Poly Tech Inc. arbeitet. Als zweiter Vizepräsident der Poly Tech dient Wang Xiaochao, verheiratet mit Yang Li, der Tochter Yang Shangkuns, der bis zum VIII.NVK (1993) Staatspräsident von China war und überdies als Hauptdrahtzieher bei der Niederschlagung des Studentenaufstands von 1989 bezichtigt worden ist. Die Studenten hatten die Führung damals der Korruption beschuldigt und vor allem auf die Machenschaften der "Prinzen" hingewiesen!

Chef des Generalstabs, dem die Poly Tech Inc. untersteht, war bis März 1993 Chi Haotian, einer der Schwiegeröhne Yang Shangkuns.⁵⁶

General He Pengfei, der erste Präsident der Poly Tech, wechselt später auf den Posten des Chefs der "VBA-Abteilung für die Beschaffung von militärischen Ausrüstungen" bei der "Allgemeinen Abteilung für Logistik". He Ping dient in derselben Abteilung als Stellvertretender Direktor!

Die Waffenverkäufe an Myanmar, die auf eine Größenordnung zwischen 1 Mrd. und 1,2 Mrd. US\$ geschätzt werden, sollen hauptsächlich von Poly Tech Inc. arrangiert worden sein, die in Rangun offensichtlich sogar ein eigenes Büro unterhält.

Zu den Empfängern konventioneller Waffen, die hauptsächlich von NORINCO besorgt werden, gehören daneben vor allem Algerien, Ägypten, Brasilien, Argentinien, Sambia, Zimbabwe, Thailand, Bangladesch und Sri Lanka.

Es handelt sich bei Poly Tech Inc. um eine anscheinend ziemlich "geschlossene Welt", die es versteht, sich den Einflüssen anderer Ressorts, wie beispielsweise des Außenministeriums, zu entziehen und auf eigene "Verantwortung" - und Rechnung - zu arbeiten.

Man kann sich gut vorstellen, daß andere Firmen des MIK neidisch auf die Erfolge von Poly Tech Inc. sind und deshalb versuchen, ihre Verkaufsinteressen auf dem Konkurrenzweg durchzusetzen. Die Chinesen wären keine Chinesen, wären nicht auch *dort* überall "Prinzen" und Clanverbindungen am Werke!

Trotz des Gegeneinanders kann die These von einem militärisch-industriellen *Komplex* aufrechterhalten werden, weil die Konkurrenten sich bei aller Gegnerschaft doch darin einig sind, daß sie sich von Dritten (u.a. dem Außenministerium) keinesfalls in ihren Kreisen stören lassen wollen.

Was nützen in Anbetracht der MIK-Verwirrspiele schon all die Bekundungen und Vertragsunterzeichnungen des Außenministeriums, das ja, wie bereits erwähnt, inzwischen die Konvention über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und MTCR unterzeichnet hat!? Was nützt ferner die Warnung des Außenministeriums, daß bei einer Kündigung der amerikanischen Meistbegünstigung für China die Schäden für die Volkswirtschaft weitaus höher

wären als die Gewinne, die aus dem Waffenhandel zu erwarten sind!? Die Überlegungen der einzelnen Komponenten des MIK sind ja nicht volkswirtschaftlicher, sondern durchaus "privatwirtschaftlicher" Natur - und zwar im engsten Sinne des Wortes!

3.3

Wer profitiert vom MIK-Kuchen: die VBA oder die Nomenklatura?

Auf den ersten Blick möchte man meinen, daß die Gewinne, die aus dem munteren Waffenhandel entstehen, vor allem der VBA zukommen, die ja, trotz aller Erhöhungen des Militärbudgets in den vergangenen fünf Jahren, dringend eines weiteren Zubrots bedarf, da ja das Mehr an Zuweisung größtenteils nur dem Inflationsausgleich dient!

Von all den Einnahmen des MIK kommen der VBA freilich am Ende allenfalls jene Gewinne zugute, die von den "drei Hauptabteilungen" und ihren geschäftstüchtigen Firmen sowie von den Heeresgruppen selbst erzielt werden.

Selbst diese Einschränkung bleibt aber noch weitgehend graue Theorie, da ja ein Großteil dieser Gewinne nicht der VBA als ganzer zugute kommt, sondern in die private Tasche der "Prinzen" sowie führender VBA-Angehöriger wandert.

Was andererseits die Einnahmen der "Verteidigungsindustrie" und ihrer kommerziellen Organe anbelangt, so handelt es sich hier, soweit sie nicht wiederum privat "abgezweigt" werden, um Gewinne, die in den Bereich des Staatsrats fallen, also der VBA entweder überhaupt nicht oder allenfalls indirekt (d.h. über den Umweg der Steuergelderverteilung) zugute kommen.

In diesem Zusammenhang erhebt sich die Frage, warum eigentlich seit 1985 innerhalb der "Verteidigungsindustrie" so zahlreiche Umorganisationen vorgenommen wurden. Von den dortigen sechs Ressorts hat sich bis März 1993 beispielsweise nur noch eines als solches erhalten können, nämlich das Elektronik-Ministerium.⁵⁷ Die anderen Ressorts sind längst von der Bildfläche verschwunden oder anderen Organisationen zugeschlagen worden. Das Ministerium für Rüstungsindustrie wurde beispielsweise bei der 18. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI.NVK

Anfang Dezember 1986 aufgelöst und der "Zentralen Kommission für Maschinenbauindustrie" angegliedert. Angeblich sollte damit einer besseren landesweiten Koordinierung der Produktion und Forschung auf dem Rüstungs- und zivilen Sektor und einer besseren Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Unternehmen des militärischen und zivilen Bereichs Rechnung getragen werden.⁵⁸

Eineinhalb Jahre später, nämlich beim 1. Plenum des VII.NVK im April 1988, wurde die auf diese Weise entstandene Maschinenbaukommission jedoch schon wieder neustrukturiert und mit dem Ministerium für elektronische Industrie zu einem "Ministerium für Maschinenbau und Elektronik" zusammengelegt.⁵⁹

Beim VII.NVK im März 1993 schließlich wurden die Sachbereiche Elektronik und Maschinenbau wieder auseinandergenommen und zwei eigenständigen Ministerien zugeordnet.

Bei der gleichen Gelegenheit auch wurde das Ministerium für Aeronautik und Astronautik abgeschafft.⁶⁰

Dies sind nur einige Beispiele dafür, daß es eines wahrhaft detektivischen Gespürs bedarf, wenn man all den Umorganisationen nachgehen will, die hier stattgefunden haben.

Daß hier ausschließlich organisatorisch-rationale Überlegungen im Spiel waren, darf wohl bezweifelt werden; denn wenn es je Klarheit beim Aufbau gegeben hat, so ist sie im Zuge all dieser "Verwaltungsvereinfachungen" völlig verschwunden. Nur noch wenige Spezialisten und "Eingeweihte" dürften sich in dem Labyrinth all der ministeriellen Organisationen, kommerziellen Arme und Verteidigungsindustriebetriebe noch zurechtfinden.

Man darf vermuten, daß hinter diesem Verwirrspiel System steckt, das sich auf einen Nenner bringen läßt, nämlich auf den Versuch des Staatsrats, die ihm (noch) unterstehende Verteidigungsindustrie, vor allem aber die kommerziellen Organe der einstigen Ministerien, vor militärischen Zugriffen möglichst zu bewahren und ihnen Eigenleben - damit aber auch Eigeninnahmen - zu sichern. Sollte diese Vermutung zutreffen, so wäre eine wirklich substantielle Erklärung für die

Diskrepanz zwischen außenpolitischen Zusagen und ressortpolitischen Vertragsbrüchen geliefert!

Das "gemachte Chaos" hat nebenbei auch dafür gesorgt, daß die chinesische Rüstungsindustrie ihre lukrativen Exporte besser einnebeln kann als ihre internationale Konkurrenz!

Ein Beobachter der chinesischen Szenerie, Shen Tong, schlägt in der thailändischen Zeitschrift "The Nation"⁶¹ vor, diesem Mißbrauch durch die "Prinzen" einen wirklich effizienten Riegel vorzuschieben, der nicht etwa darin bestehen solle, daß man Sanktionen gegen China (und damit gegen das hier wirklich "unschuldige" chinesische Volk) verhängt, sondern vielmehr gegen die eigentlichen Drahtzieher, nämlich die Prinzen und die Kaderkinder: Man solle ihnen nämlich klar machen, daß im Falle eines politischen Klimawechsels in der VRCh westliche Länder nicht bereit seien, ihnen Zuflucht und politisches Asyl zu gewähren: eine etwas zynische Einstellung, die aber gleichwohl auf die Wurzel des Übels hinweist!

Zu den Profiteuren beim Waffenhandel gehören nicht nur die Kinder der Grauen Eminenzen, seien es nun Yang Shangkuns, Wang Zhens oder Deng Xiaopings (und bis 1989 auch des damaligen Parteichefs Zhao Ziyang), sondern auch die Abkömmlinge der Marschälle Nie Rongzhen, Ye Jianying und des früheren Verteidigungsministers Zhang Aiping, um hier nur einige Namen anzuführen.

Gewinner ist also nach alledem weniger die VBA als vielmehr die Nomenklatura und ihr "Prinzenanhang".

Anmerkungen

- 1) AWSJ, 9.9.91.
- 2) XNA, 13.5.89.
- 3) Newsweek, 4.2.88.
- 4) FEER, 8.12.86.
- 5) SCMP, 15.11.91.
- 6) SCMP, 31.3.93.
- 7) Bericht IHT, 5.3.93.
- 8) Radio Pakistan in SWB, 29.3.93.
- 9) IHT, 12.4.92.
- 10) AWSJ, 4.4.92.
- 11) IHT, 5./6.12.92.
- 12) BRu 1991, Nr.48, S.8-12, 18.
- 13) Meldung der chinesischen Ankündigung in FAZ, 24.2.92.
- 14) AWSJ, 9.9.91.
- 15) IHT, 8.12.92.
- 16) Raketen nach Pakistan: IHT, 5./6.12.92.
- 17) Bericht in IHT, 8.12.92.
- 18) XNA, 5.2.93.
- 19) IHT, 31.5.91.

- 20) IHT, 31.5.91.
- 21) IHT, 13.5.91; zur Lieferung eines Forschungsreaktors an Algerien vgl. XNA, 1.3.92.
- 22) Zum KKW Qinshan vgl. XNA, 22.2.92.
- 23) Le Monde, 12./13.4.92.
- 24) Dagongbao nach SWB, 3.11.92.
- 25) Dazu C.a., März 1992, Ü 6.
- 26) SCMP, 19.3.93.
- 27) Zitiert in ST, 7.5.92.
- 28) Zit. in ST, 10.8.91.
- 29) ST, 7.5.92.
- 30) SZ, 7.7.92; NZZ, 8.7.92.
- 31) FAZ, 24.2.92.
- 32) FEER, 21.2.91, S.9.
- 33) Dazu C.a., Februar 1992, S.82-86.
- 34) Washington Post, 29.5.88.
- 35) FT, 22.4.88.
- 36) Vgl. dazu auch C.a., Januar 1991, S.30.
- 37) ST, 30.5.88.
- 38) So FT, 16.3.92.
- 39) XNA, 14.3.1992.
- 40) SCMP, 29.11.91.
- 41) So IHT, 6.3.92.
- 42) IHT, 18.3.92.
- 43) FT, 28.2.92.
- 44) Meldung in SZ, 19./20.9.92.
- 45) AWSJ, 12.10.92.
- 46) Der Spiegel 1993, Nr.17, S.133-136.
- 47) Die Nachrichtenagentur Kyodo spricht von 400 Stück! SWB, 6.5.92.
- 48) Ebenda.
- 49) ZM nach SWB, 6.7.92.
- 50) AWSJ, 24.2.93.
- 51) XNA in SWB, 5.3.93.
- 52) Zu den Waffenverhandlungen Jelzin ITAR-TASS in SWB, 5.12.92.
- 53) Zur Ministerialstruktur von Ende 1985 vgl. C.a., Oktober 1985, S.714/4.
- 54) Vgl. hierzu beispielsweise C.a., April 1988, S.279 ff., insbesondere S.281.
- 55) XNA, 5.2.93.
- 56) IHT, 22.8.91; N, 9.7.92.
- 57) Vgl. dazu C.a., März 1993, S.268/2 und 3.
- 58) RMRB, 28.11. und 3.12.86; C.a., Dezember 1986, S.753.
- 59) Peter Schier, "Ein kurzer Überblick über die 1.Plenartagung des VII.NVK" in: C.a., April 1988, S.279-282, hier: S.281.
- 60) C.a., März 1993, S.268/2.
- 61) N, 3.7.92.

Margot Schüller

Chinas Wirtschaft in den 90er Jahren

Neue Konzepte und Entwicklungsperspektiven

1 Rückblick auf die 80er Jahre: Wirtschaftliche Erfolge und strukturelle Defizite

1.1 Reformmaßnahmen in den 80er Jahren

Die Wirtschaftsreformen waren Anfang der 80er Jahre mit der Vorstellung einer harmonischen Verbindung von Plan und Markt zur Steuerung der Wirtschaftsentwicklung begonnen worden. Die staatliche Planung wurde durch eine Dezentralisierung von ökonomischen Entscheidungs- und Verfügungsrechten zugunsten unterer Verwaltungsebenen, Betriebsleiter und ländlicher Produzenten eingeschränkt und der Anteil der administrativ festgelegten Güterpreise reduziert und mehr Markt zugelassen. Darüber hinaus wurden individuelle wirtschaftliche Aktivitäten in den Bereichen Handel, Transport und Dienstleistungen erlaubt und damit der Anteil der Einzel- bzw. Privatwirtschaft vergrößert. Wachstumsimpulse für die binnenwirtschaftliche Entwicklung sollten auch durch die Öffnung gegenüber dem Ausland erfolgen, insbesondere über eine Steigerung der Exporte und der Absorbierung ausländischen Kapitals und moderner Technologie.

Insgesamt sollte die staatliche Planung jedoch nicht völlig durch den Markt ersetzt und die Entscheidung über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weiterhin auf der politischen Ebene getroffen werden, eine Kontrolle über Preis- und Mengeninterventionen möglich bleiben und der sozialistische Charakter der chinesischen Wirtschaft durch die Dominanz des Kollektiv- und Staatseigentums und der zentralen

Produktion und Verteilung von Schlüsselprodukten bewahrt werden. Im Verlauf der Wirtschaftsreform traten jedoch eine Reihe von ungeplanten Nebeneffekten auf, die weitere Zugeständnisse notwendig machten, so daß bis Ende der 80er Jahre der Umfang der marktlichen Allokation und die Veränderung der Eigentumsstruktur weitaus größer waren als ursprünglich vorgesehen.

Im Rückblick läßt sich die Reformperiode in verschiedene Phasen einteilen: So standen in den Jahren 1979-84 die Reformen im landwirtschaftlichen Sektor im Vordergrund, ab Mitte der achtziger Jahre wurden Reformen im städtischen Industriesektor durchgeführt, zwischen 1988-1991 verfolgte die Regierung eine restriktive Wirtschaftspolitik mit einer Abbremsung der Reformen und seit Mitte 1991 bzw. verstärkt seit Anfang 1992 hat das Tempo der Wirtschaftsreformen wieder zugenommen. Da über die Entwicklung der Wirtschaftsreformen in den ersten Phasen eine umfangreiche Literatur vorliegt, werden im folgenden nur die wesentlichen Elemente dieser Reformen skizziert.

Im landwirtschaftlichen Sektor wurden Anfang der 80er Jahre im Rahmen der Dekollektivierung der landwirtschaftlichen Produktion die Volkskommunen aufgelöst und ein System langfristiger privater Bodennutzungsverträge mit Pflichtverkäufen an den Staat (insbesondere Getreide, Baumwolle und Ölpflanzen) eingeführt. Mit der Einschränkung des staatlichen Handelsmonopols für die meisten Agrarprodukte konnten die landwirtschaftlichen Produzenten durch Marktverkäufe der